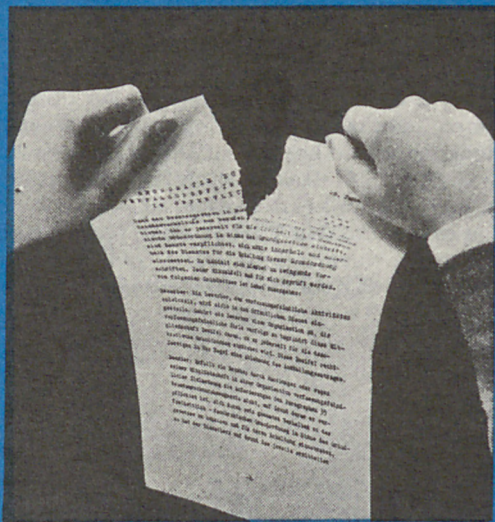


Weg mit dem Berufsverbot



HERAUSGEBER: Hans Altendorf, Hamburg. Horst Bethge, Hamburg. Dr. Richard Bünemann, MdL, Plän. Pastor W. Grell, Hamburg. Helga Kern, Mascherode. Ingrid Kurz, Hamburg. Friedrich Neuhöffer, Stuttgart. Erich Roßmann, Mettmann. Dr. H. Scholtyssek, Baden-Baden. Ingrid Schuster, Frankfurt. Eckard Spoo, München. Helmut Stein, Hamburg. Prof. Dr. G. Stuby, Bremen. Jürgen Vahlberg, MdB, München. Gerhard Weber, MdBü, Hamburg.

Auszug aus dem Aufruf zur «Konferenz mit internationaler Beteiligung gegen Berufsverbote»

Vor über einem Jahr haben die Ministerpräsidenten "Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" verabschiedet. Dieser Beschluß hat historische Vorbilder und weckt böse Erinnerungen, zum Beispiel an das Sozialistengesetz und den Adenauer-Erlaß.

Von Anfang an wurden schwerwiegende politische und rechtliche Bedenken gegen diesen Beschluß erhoben. Besonders in letzter Zeit verstärkt sich der Widerstand, dem sich immer breitere Kreise anschließen. Es wird nicht länger angenommen, daß die aufgrund der historischen Erfahrungen vom Grundgesetz vorgeschriebene demokratische Ordnung der Bundesrepublik weiter eingengt wird.

Es ist eine historische Erfahrung, daß das Vorgehen gegen Demokraten in Deutschland keine deutsche Angelegenheit allein ist, sondern eine Gefahr für Demokratie und friedliches Zusammenleben in Europa darstellt.

Das Berufsverbot kann nicht in rechtsstaatliche Formen gebracht werden. Die Antwort kann nur sein:

- Der Grundsatzbeschluß muß fallen,
- ausgesprochene Berufsverbote müssen rückgängig gemacht werden,
- Berufsverbote und Diskriminierungen von Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst müssen aufhören.

Dies ist durch den breiten Widerstand der Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Initiative geht weiter Freiheit im Beruf Demokratie im Betrieb

Während in Betrieb und Gewerkschaft mit wachsendem Nachdruck die Forderung nach Mitbestimmung erhoben wird, während immer mehr Eltern und Lehrer, Schüler, Lehrlinge, Studenten und der DGB demokratische Bildungsreformen fordern, sind wir auch mit genau entgegengesetzten Entwicklungen konfrontiert. Die vom Grundgesetz vorgeschriebene demokratische Ordnung wird eingengt und verletzt, sowohl durch Unternehmerwillkür im Betrieb als auch durch den Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28. 1. 1972.

Immer größere Teile der Bevölkerung nehmen diese Angriffe und Einschüchterungsversuche nicht mehr widerspruchslos hin. Arbeiter erzwingen mit Solidaritätsstreiks die Wiedereinstellung gemäßregelter Kollegen. Der Druck der demokratischen Öffentlichkeit erreichte bereits jetzt in einer Reihe von Fällen die Zurücknahme der Berufsverbotsmaßnahmen gegen Lehrer an Schulen und Hochschulen, Juristen und Ärzten. Internationale Solidarität und Proteste haben sich hierbei als wertvolle Unterstützung erwiesen.

An vielen Orten haben sich Bürgerinitiativen gebildet, in denen Arbeiter, Akademiker und junge Bürger gemeinsam für vom Berufsverbot Betroffene eintreten. Es wächst die Erkenntnis, daß Arbeiterschaft und Intelligenz gemeinsam die Demokratie verteidigen und ausbauen müssen. In vielen Orten arbeiten Gewerkschaften, Jugend-, Studenten- und andere demokratische Organisationen zusammen gegen grundgesetzwidrige Tendenzen. Große Demonstrationen, wie im April in Dortmund, zeigen die Kraft, die in diesem Bündnis steckt und die reale Möglichkeit des Erfolgs. Schon jetzt liegen erste Gerichtsurteile vor, die den Verantwortlichen bescheinigen, daß sie grundgesetzwidrig gehandelt haben.

Es muß zu denken geben, welche Vorbilder und Vorläufer die Beschlüsse der Ministerpräsidenten haben. Hier zieht sich eine unrühmliche Linie vom Kölner Kommunistenprozeß 1852 über das Sozialistengesetz von 1879, das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" von 1933 und den Adenauer-Erlaß 1951 bis zum Ministerpräsidentenbeschluß. Immer wieder waren Demokraten bedroht, und sie sind es auch heute.

Offensichtlich ist auch der Widerspruch zwischen einer Außenpolitik der Entspannung und einer Innenpolitik, die gerade diejenigen zu disziplinieren versucht, die sich besonders aktiv für Frieden und Entspannung einsetzen. Es ist zudem eine historische Erfahrung, daß die Aushöhlung demokratischer Rechte, daß Ver-

ketzerung fortschrittlicher Gedanken, daß Antikommunismus nicht nur bis zur Abschaffung der Demokratie, sondern auch bis zur Gefährdung des Friedens führen. Solche Erfahrungen liegen hierzulande nicht einmal dreißig Jahre zurück. Im Ausland haben die Berufsverbote vor allem deshalb Beachtung gefunden und Besorgnis erregt, weil sie an solche Vorgänge erinnern. 1973 ist aber nicht 1933! Überall in der Welt sind die Kräfte des Fortschritts stärker geworden, auch in unserem Lande.

Versuche, die gefaßten grundgesetzwidrigen Beschlüsse zu modifizieren, reichen nicht aus: Der Beschluß der Ministerpräsidenten muß aufgehoben werden!

Ausgesprochene Berufsverbote müssen rückgängig gemacht werden. Berufsverbote und Diskriminierungen von Sozialisten und anderen Demokraten im öffentlichen Dienst müssen aufhören!

Die 1.500 Teilnehmer der Hamburger Konferenz gegen die Berufsverbote und die weit über 10.000 Bürger der Bundesrepublik, die die Konferenz unterstützten, rufen

die demokratische Öffentlichkeit Abgeordnete in Gemeinden, Städten, Ländern und im Bundestag, die demokratischen Organisationen überall in der BRD

auf, diese Forderungen zu unterstützen.

Wir werden nicht nachlassen in unserem Bemühen, überall Bürgerinitiativen und Ausschüsse gegen die Berufsverbote zu bilden, die gesamte Öffentlichkeit sofort über jeden neuen "Fall", wo immer er in der BRD vorkommt, zu informieren, breite Solidarität mit den Betroffenen herzustellen, gemeinsames Handeln aller Demokraten zu erreichen.

Wir fordern alle fortschrittlichen Bürger auf, verstärkt in ihren demokratischen Organisationen zu wirken, weil erste Erfolge im Kampf gegen die Berufsverbote zu verzeichnen sind.

Die Initiative, die zu der Hamburger Konferenz geführt hat, wird weitergeführt. Die Resonanz hat gezeigt, daß das auf breiter Grundlage möglich ist: Sie wird Kontakt zu allen örtlichen Initiativen halten und verstärken, den Meinungsaustausch intensivieren, informieren und dokumentieren. Sie wird weiterhin bemüht sein, die verschiedenen demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Handeln zusammenzubringen und in der Entwicklung weitere große Protestaktionen anregen.



Initiative «Weg mit dem Berufsverbot» beschliesst:
Aktionswoche gegen Berufsverbote vom 25.-29. Oktober 1973

(SEITE 4)



Gerhard Kiehm, Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Bonn:

Wer militärische, antikommunistische, friedensfeindliche oder antigewerkschaftliche Lehrinhalte vertritt, kann sicher sein, einen hochdotierten und gutausgestatteten Hochschullehrerposten zu bekommen. Wer dagegen von den Wissenschaftlern Ansätze demokratischen Engagements zeigt, wird diskriminiert. Wer entschieden für Demokratie und sozialen Fortschritt eintritt, wird von den Herrschenden verfolgt.



Wolfgang Roth, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten:

Unser Engagement für die Sicherung der Rechte, die das Grundgesetz gewährleistet, in diesem Fall vor allem zum Schutz der Kommunisten in der Bundesrepublik gegen staatliche Willkür, steht nach unserer Auffassung gerade im Einklang mit unserer kritischen Haltung gegenüber der leninischen Partei- und Staatstheorie und einer entsprechenden Praxis. Verstehen Sie also unser Auftreten hier und an anderer Stelle für Kommunisten richtig in seinem kritischen Gehalt.



Pierre Juquin, Abgeordneter der FKP in der Assemblée Nationale, Paris:

Welche zuversichtliche und vernünftige Haltung Ihrer heutigen Konferenz! Sie findet in der Nation statt, aus der Lessing und Goethe, Hölderlin und Heine, Karl Marx und Rosa Luxemburg, Carl von Ossietzky und Albert Schweitzer in das Weltbewußtsein traten.

Es liegt im Interesse jedes westdeutschen Bürgers, gegen das Berufsverbot mitzukämpfen. Es kommt auf jeden an, daß er mitkämpft, um seitentwillen, um seiner Klasse, der Arbeiterklasse willen, um der Intelligenz willen, um seiner Nation und der Nachbarvölker willen, um unser aller willen, die wir die Demokratie für unsere Länder als die einzig mögliche Lösung betrachten.

Durch diesen Kampf wird die Idee der Humanität und der Freiheit in Deutschland kräftiger werden.



Romeo Ferrucci, Richter, Rom:

In Italien war vor 20 Jahren ein Berufsverbot erlassen worden.

1951/52 begann die Regierung eine Praxis der Diskriminierung gegen leitende Gewerkschaftler und gegen aktive Sozialisten.

Die Partei der Linken und die Gewerkschaften führten einen harten Kampf, der nach zwei Jahren von einem großen Erfolg gekrönt wurde. 1971 verabschiedete das Parlament das Gesetz Nr. 2114, das entschied, daß alle Angestellten und Arbeiter des Verteidigungsministeriums, die in den 50er Jahren entlassen worden waren, eine Pension erhielten - auch für die Zeit der erzwungenen Arbeitslosigkeit. Das Parlament entschied, die Kündigungen seien rechtswidrig und illegal gewesen. Dies war ein Sieg des Gesetzes, ein Sieg der republikanischen Verfassung gegen die Übermacht der Regierung. Es wurde festgestellt, nicht die Kommunisten, sondern die Regierung habe gegen das Gesetz verstoßen.

«doppelter Verfassungsbruch»

"Die ursprünglich antifaschistisch-demokratische Grundtendenz des Grundgesetzes, wie sie z. B. im Art. 139 zum Ausdruck kommt, der die von den Siegermächten des 2. Weltkrieges zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften ausdrücklich aufrecht erhält unter Bezug auf das Potsdamer Abkommen, das die Beseitigung aller Aktiven Nazis aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus verantwortlichen Stellen in wichtigen Privatunternehmen, die die Demokratisierung von Justiz- und Erziehungswesen und das Verbot aller faschistischen Organisationen vorschrieb, würde jedenfalls gegen eine Gleichsetzung von sozialökonomischem Status quo und freiheitlich-demokratischer Grundordnung sprechen."



PROF. DR. GERHARD STUBY während des Hauptreferats auf der Hamburger Konferenz

"Also ein doppelter Verfassungsbruch: Einmal wurde die freiheitlichdemokratische Grundordnung verfassungswidrig als identisch mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert, zum anderen eine nicht diesem so interpretierten Inhalt in ihrer Zielsetzung entsprechende Partei administrativ für verfassungswidrig erklärt, so daß Mitglieder einer solchen Partei als Bewerber für öffentliche Ämter ausschieden."

Überall regt sich Widerstand

Überall regt sich Widerstand gegen die Berufsverbotspraxis, vor allem aber gegen den Ministerpräsidentenbeschluss vom 28.1.1972. Zunehmend wird der Widerspruch gesehen zwischen einer Außenpolitik, die zu Entspannung und Koexistenz beiträgt, und einer Innenpolitik, die Position und Einfluß der Reaktion stärkt.

An zahlreichen Orten entstanden Bürgerinitiativen, Verteidigungskomitees und Aktionsausschüsse. Diese Aktivitäten schlugen sich auf dem SPD-Parteitag im April in dem Beschluss nieder, den Ministerpräsidentenbeschluss zu präzisieren.

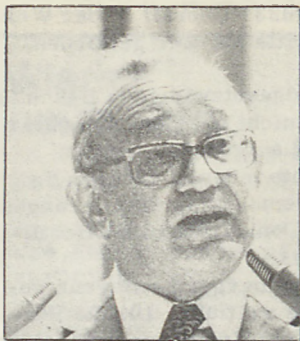
Im Verlaufe dieser demokratischen breiten Bewegung wurde immer deutlicher, daß unter das Stichwort "Berufsverbot" nicht nur die Maßregelungen im öffentlichen Dienst fallen. Auch im journalistischen und kirchlichen Bereich kamen "Fälle" ans Licht, in denen politische Disziplinierung und Diskriminierung versucht wurden.

Es war also Zeit, Bilanz zu ziehen, alle Argumente zusammenzutragen, die neueste Entwicklung einzuschätzen und - das war ein neuer Aspekt in der Bundesrepublik - Erfahrungen des westlichen Auslandes einzubeziehen. Diese Funktion hatte die "Hamburger Konferenz gegen die Berufsverbote" am 12. Mai 1973.

Anlage und Verlauf der Hamburger Konferenz dokumentierten ein breites Aktionsbündnis in der Sache, demonstrierten, daß und wie unterschiedliche politische Kräfte im Interesse von Demokratie und Realisierung des Grundgesetzes zusammenwirken können.

Die Hamburger Konferenz bewies, daß die Frage der Berufsverbote nicht gelöst und erledigt ist, daß gemeinsames Vorgehen verschiedener politischer Kräfte in der BRD demokratische Aktivitäten und große Kraft zu entfalten vermag. 13000 Bürger der BRD unterzeichneten den Aufruf zur Konferenz, 1500 Gewerkschafter, Abgeordnete, Pädagogen, Juristen, Journalisten, Studenten nahmen teil. Politische Gremien, wie zum Beispiel der Bundesvorstand der Jungdemokraten oder der Landesarbeitsausschuß der Hamburger Jungsozialisten plädierten kürzlich für Fortführung der Kampagne gegen die Berufsverbote.

In allen demokratischen Organisationen sollte die Frage der Berufsverbote neu aufgeworfen werden. Die Abschlußresolution der Hamburger Konferenz appelliert an alle Demokraten, die Bemühungen zu verstärken. Der Organisationsausschuß hat sich zur Initiative "Weg mit den Berufsverboten" erweitert, die in diesem Sinne weiterarbeitet. Konkret wären jetzt Vorarbeiten zu leisten, daß im Oktober in der ganzen BRD vielfältige Aktivitäten in einer "Aktionswoche gegen Berufsverbote" entfaltet werden.



Prof. Dr. Helmut Ridder, Gießen, in seinem Referat zum Thema: "Juristische Tragweite und politische Implikationen des SPD-Beschlusses von Hannover":

Wir müssen helfen, das Menetekel der Linie von den Sozialistengesetzen Bismarcks über die Linksrepression und politische Justiz von Weimar, die faschistischen "Säuberungen" des öffentlichen Dienstes und die schließlich wieder im politischen Gesinnungsstrafrecht und in "Berufsverboten" heute sich aktualisierende Linie zu begreifen. Die SPD kann sich nicht noch einmal aufs Lavieren verlegen, weil ihre Uhr darüber wieder ablaufen würde, und sie hat auch nicht die mindeste Veranlassung dazu. Denn die Gunst der außenpolitischen Konstellation ist für ihre Selbsterhaltung größer als je zuvor.

Hamburg, 12.5.1973 - Konferenz gegen Berufsverbote





Dr. Richard Bünemann, MdL, Plön, betonte in seiner Begrüßungsansprache:

Uns alle vereint die aktive Opposition gegen den verfassungswidrigen Ministerpräsidenten-

tenbeschuß, gegen den sogenannten "Extremistenbeschuß", den wir aus rechtsstaatlichen Gründen, weil er mit unserem Grundgesetz unvereinbar ist, entschieden ablehnen.

Kurt Erlebach, Hamburg:

Der Kampf gegen Berufsverbote, gegen die Verbotsdrohung gegen die DKP, ist nicht nur eine Sache der progressiven Kräfte in der BRD. Antikommunismus in der BRD hat viele aufrechte Demokraten in den Nachbarländern hellhörig gemacht, denn eine wichtige historische Erfahrung besagt: Der Antikommunismus und Militarismus des



deutschen Großkapitals hat sich nie auf innere Klassenauseinandersetzungen beschränkt, sondern ist mit Gefahren für die Nachbarvölker in Europa verbunden. Der antikommunistischen Willkür sind heute Grenzen gesetzt. Trotzdem sind in benachbarten Ausland viele besorgte Stimmen hörbar geworden. Sie sind Ausdruck

der Besorgnis und der internationalen Solidarität mit den progressiven Kräften in der BRD.

Gerd Reinicke, Mitglied des Kreisvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hamburg:

Ereignisse der letzten Jahre, wie die Aushöhlung von Selbstbestimmungsrechten der Lehrenden und Lernenden im Hochschulbereich, vor allem die Ausweitung des Numerus Clausus, die Einschränkung des Streikrechts im öffentlichen Dienst, die Verhinderung der qualifizierten Mitbestimmung, die massive Einschränkung gesellschaftskritischer Meinungsäußerungen in öffentlich-rechtlichen Massenmedien, wie zum Beispiel in der Löwenthal-Nummer des Zweiten Deutschen Fernsehen, dies alles sind Indikatoren dieses Prozesses, die den gesellschaftlichen Status quo

festschreiben sollen, ihn mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung identifizieren und abweichende Ordnungsvorstellungen von vornherein diskriminieren.



Die Aufgabe der Gewerkschaften, festgelegt in ihrem Grundsatzprogramm und ihren Satzungen, zwingt diese daher, sich mit der Problematik der Extremistenbeschlüsse zu befassen. Entzögen sich die Gewerkschaften und der DGB nämlich dieser Aufgabe, müßten sie wehrlos zusehen, wie ihnen der politische Aktionsspielraum mehr und mehr eingeschränkt wird.

Jens Flegel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der SDAJ, Hamburg:

Das Berufsverbot wird auch in Betrieben praktiziert, und wir wissen, daß die Bundesregierung diese Unternehmerpraktiken unterstützt, indem sie aktive Jugendvertreter zur Bundeswehr einziehen läßt, wie im Fall Winfried Karthes.

Über 400 Jugendvertreter sind in den letzten Monaten aus den Betrieben herausgeflogen. Rücksichtslos nutzen die Unternehmer eine Lücke im Betriebsverfassungsgesetz, um einen unbehaglichen Jugendvertreter nach dem anderen zu feuern. Dagegen wehren wir uns mit aller Entschiedenheit. Als Antwort darauf werden wir unseren Kampf verstärkt weiterführen für die Rechte der Jugend, für eine starke Gewerkschaft im Betrieb.

Friedrich Neunhöffer, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten, Stuttgart:

Die vom Berufsverbot Betroffenen gehören zu den scharfen Kritikern dieser bestehenden Ordnung. Wir Jungdemokraten stimmen in vielen Punkten nicht mit ihnen überein, was den Inhalt der Kritik betrifft.

Aber wir meinen, daß die Kritik auch und gerade von Kommunisten an der bestehenden Gesellschaft objektiv eine fortschrittliche Funktion hat.

Gerhard Weber, Mitglied der Bürger-schaft, CVJM-Generalsekretär, Hamburg:

Wenn wir mit Kommunisten und Sozialisten den Dialog und die geistige Auseinandersetzung suchen, wenn man die Ostverträge als notwendigen Schritt zum Frieden und zur Verständigung in Europa begrüßt, kann man nicht dem Aufbau einer antikommunistischen Heimatfront durch die Extremistenbeschlüsse zustimmen.



Solidarität aus dem Ausland

Auf der Hamburger Konferenz gegen Berufsverbote hat sich noch einmal gezeigt, daß schon das Wort "Berufsverbote" an sich ein typisch deutscher Begriff ist, den es so in keiner anderen Sprache gibt. Die ausländischen Gäste mußten also mehr oder weniger umständlich den Zusammenhang umschreiben. Allein dies läßt schon darauf schließen, daß der Tatbestand "Berufsverbote" im Ausland kaum bekannt ist, kaum praktiziert wird.

Natürlich gibt es in faschistischen oder halbfaschistischen Staaten wie Spanien, Griechenland und anderen eine Verfolgung demokratischer Kräfte, die sich nicht sonderlich von der im "Tausendjährigen Reich" unterscheidet. Aber in den westeuropäischen und in den skandinavischen Ländern, die sich als Demokratien bezeichnen, stoßen die Berufsverbote, wie sie in der BRD seit dem Ministerpräsidentenerlaß wieder praktiziert werden, immer wieder auf Erstaunen.

Der "Kalte Krieg" in den fünfziger und noch in den sechziger Jahren hatte auch im europäischen Ausland seine Auswirkungen dergestalt, daß z. B. in Italien hunderte von Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihren Arbeitsplatz verloren. Auch in Dänemark, England und anderswo gab es Entlassungen von Beamten. Auch noch heute kommt es wohl in fast allen "westlichen Demokratien" zu Behinderungen und Diskriminierungen linksorientierter Lehrer und anderer Beamter. Aber die mit Vehemenz betriebenen Entlassungen bzw. Nichteinstellungen wie in Westdeutschland sind anderswo überwunden.

Zur näheren Information drucken wir nebenstehend Auszüge aus Grußadressen und Referaten, die auf der Konferenz von ausländischen Gästen gehalten wurden.

Henrik E. Jensen, Elternaufsichtsratsvorsitzender, Sozialistische Volkspartei, Kopenhagen:

In Dänemark haben die Eltern ein entscheidendes Wort mitzureden, wenn Lehrer und Lehrerreferendare Stellung suchen. Das gleiche gilt für Schulleiter und ihre Stellvertreter. Mittwoch dieser Woche stellten wir für das kommende Schuljahr drei Lehrer ein. Wir haben nicht nach ihrer politischen oder weltanschaulichen Überzeugung gefragt, auch nicht, ob sie auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, denn wir haben keine verbotenen politischen Parteien. Ob sie eine konservative oder kommunistische oder sogar eine sozialdemokratische Überzeugung haben, wissen wir nicht. Interessiert uns auch nicht.

Leo Klatser, Publizist, Mitglied des Bezirksvorstandes Amsterdam der Partei der Arbeit:

Die Tatsache, daß ich in diesem konkreten Fall mit Mitgliedern der DKP auf einem Podium sitze, wird durch mich positiv gewertet. Für diese positive Einschätzung habe ich gute Gründe. Ich habe mich auch nicht beschwert, als ich mit Genossen der SPD und der KPD in Buchenwald zusammentraf. Das Berufsverbot ist schon deswegen als antidemokratisch zu werten, weil es der Demokratie ihre charakteristische Eigenschaft, den Dynamismus, nimmt. Der Kampf zur Erhaltung der antifaschistischen und in der weiteren Perspektive sozialistischen Demokratie ist an sich die ureigenste Form der Verteidigung der demokratischen Gesellschaft.

CDU wendet Berufsverbot gegen SPD-Funktionär an

Der mit Hilfe sozialdemokratischer Politiker verabschiedete Ministerpräsidentenerlaß entwickelt sich zu einem Bumerang gegen Genossen auf eigenen Reihen.



So hat die CDU vor einem Monat diesen Erlaß erstmalig gegen einen SPD-Funktionär angewandt. In Greven, Nordrhein-Westfalen, hat die CDU-Rathausmehrheit durchgesetzt, daß der Volksschullehrer Hans Heilker nicht eingestellt wurde. Heilker ist Vorsitzender der Jusos und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Greven. Seine Anstellung wurde unter ausdrücklicher Berufung auf den Radikalerlaß abgelehnt.

Die Initiative geht weiter

Neuer Höhepunkt der Bewegung gegen Berufsverbote

Die Vorbereitungen für eine bundesweite großangelegte Aktionswoche gegen Berufsverbote unter dem Motto "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb - Weg mit dem Berufsverbot" für die Zeit vom 25. - 29. Oktober sind angelaufen. Am 24. 6. beriet der Arbeitsausschuß der "Initiative" in Mainz mit Vertretern von 40 örtlichen Bürgerinitiativen, Komitees und Aktionsausschüssen aus der ganzen BRD, zahlreichen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionären sowie Mitgliedern der Bundesvorstände des vds der Jungdemokraten, des SHB, der SDAJ, des Liberalen Hochschulverbandes (LHV), des MSB Spartakus, des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) und der Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ) den Stand der Bewegung gegen die Berufsverbote. Die Aktionskonferenz in Mainz protestierte gegen die Entlassung zahlreicher Betriebsjugendvertreter, insbesondere bei Bayer-Leverkusen und der

Seebeck-Werft in Bremerhaven. Auf der Aktionskonferenz wurden Erfahrungen örtlicher Initiativen ausgetauscht und Informationen über die immer noch laufenden Berufsverbotsfälle vermittelt. Erneut wurde die Forderung erhoben, den Ministerpräsidentenerlaß endlich aufzuheben.

Für die Aktionswoche gegen Berufsverbote im Oktober werden zahlreiche öffentliche Versammlungen und Hearings mit ausländischer Beteiligung in allen großen Städten der BRD vorbereitet, verbunden mit Demonstrationen, Informationsständen in Stadtzentren, Unterschriftensammlungen und großangelegten Flugblattverteilungen. Zahlreiche Bürgerinitiativen und Aktionsausschüsse - auch in kleineren Orten der BRD - stehen vor der Konstituierung.

Damit wird die breite Bewegung gegen die Berufsverbote einen neuen Höhepunkt in der Zeit vom 25. - 29. Oktober haben.

Aktionswoche im Oktober

Berufsverbote: Auch im Betrieb

Von den Kollegen gewählt Von den Bossen gefeuert

Unter dieser Parole wird die DGB-Jugend eine bundesweite Aktion durchführen, die sich gegen die immer zahlreicher werdenden Rausschüsse von Jugendvertretern und aktiven Gewerkschaftern wendet. 600 gefeuerte Jugendvertreter in den letzten Monaten - das sind keine "Ausrutscher", sondern das basiert, wie kürzlich enthüllt wurde, auf einer Geheimorder der Unternehmensverbände. Wie bei der Anwendung des Ministerpräsidentenerlasses richtet sich auch diese Disziplinierungsmaßnahme der Unternehmer gerade gegen diejenigen, die sich konsequent für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen. Duckmäusertum und Einschüchterung sind die erwünschte Folge dieser Maßnahmen. Der Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, die Solidarität mit den Betroffenen ist auch hier vordringliche Aufgabe, eine Aufgabe, der sich auch die Initiative widmen wird. Die DGB-Jugend fordert in ihrer Kampagne: "Absoluter Kündigungsschutz und Zurückstellung vom Wehr- und Ersatzdienst für unsere betrieblichen Interessenvertreter."

Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigt inzwischen eine Vielzahl von "Fällen": Der Darmstädter Chemiekonzern Merck will 5 Lehrlinge nicht in das Arbeitsverhältnis übernehmen, weitere fünf nur auf "Be-währung". Die zehn hatten sich 1971 an Streiks beteiligt - ihre Zeugnisse ließen nichts zu wünschen übrig. Ein Merck-Direktor: "Die Leistungsnoten sind keine genügende Grundlage für ein Arbeitsverhältnis." Dazu die IG Chemie Darmstadt: "Daß ausgerechnet die aktivsten Gewerkschafter eines Jahrgangs nicht weiterbeschäftigt werden sollen, kann kein Zufall sein.

Hier soll ein Exempel statuiert werden. "Die Zeitung der Gewerkschaftsjugend "ran": "Der Verdacht liegt sehr nahe, daß die Firma Merck ihre Auswahl nach politischem Wohlverhalten getroffen hat. Ein lücken-

loser gesetzlicher Schutz der Lehrlinge ist überfällig. Die Parallelität mit den vom Berufsverbot im öffentlichen Dienst Betroffenen liegt auf der Hand.

Die Beratung der Initiative am 25. 6. in Mainz, an der außer den bestehenden Berufsverbotekomitees auch Betroffene aus dem betrieblichen Bereich teilnahmen, hat die verstärkte Einbeziehung dieser Probleme auch in die geplante Aktionswoche der Initiative im Herbst vorgeschlagen.

Wieder neue Fälle

In einer Pressemitteilung gab die Initiative "Weg mit dem Berufsverbot" jüngste Fälle von Berufsverböten bekannt:

Eshandelt sich um

1. Ingelore Priesing, München, Volksschullehrerin, Mitglied im MSP SPARTAKUS, die vom Kultusministerium dem Regierungspräsidenten in Ansbach zugeteilt, aber noch nicht eingestellt wurde. Seit dem Anhörungsverfahren vom 25.4. ist sie ohne weitere Nachricht.

2. Benno Moosmüller, Volksschullehrer, Weisenfels (Bayern), parteilos, dem im Anhörungsverfahren die Unterzeichnung studentischer Flugblätter vorgeworfen wurde. Er wurde bis heute nicht eingestellt und arbeitet z.Zt. in einem Freizeitheim. Die "Initiative" protestiert gegen diese jüngsten Fälle von Berufsverbot und fordert die Öffentlichkeit auf, sich dem Protest anzuschließen.

Besuch beim Senator

überschrieben sechs Hamburger Referendare eine Pressemeldung in der das skandalöse Verhalten von Schulsenator Apel (SPD) angegriffen wurde. Es handelt sich um die Nichtverbeamtung von sechs Referendaren, Sabine Auffermann, Uwe Post, Sigrid Genth, Ewald Leppin, Hannes Holländer und Ulrich Wiele. Ihnen war die Verbeamtung mit der stereotypen Begründung abgelehnt worden, sie böten nicht die Gewähr des jederzeitigen Eintretens für die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Senator Apel entzog sich dem Gespräch, sein persönlicher Referent verwies auf den Rechtsweg. Mit einem zynischem "Das mag sein" kanzelte dieser die Bedeutung von 4-5 Jahren Arbeitslosigkeit für die Betroffenen bei der juristischen Durchsetzung der Verbeamtung ab.

"So geht's nicht", kann man da nur sagen.

Impressum

Verantwortlich: Hans Altendorf

Druck: S. Meyer, 2 Norderstedt 3, An'n Slagboom 4

Auflage: 50 000.

Von der zur Hamburger Konferenz vorgelegten Dokumentation aller erfaßbaren Fälle von Berufsverböten unter dem Titel "Weg mit den Berufsverböten" sind noch Exemplare zu erhalten. Bestellungen bitte an Ingrid Kurz, 2 Hamburg 6, Schanzenstr. 115. Preis pro Exemplar: DM 1, 50.

Dokumentation zu verkaufen

Ohne die große Anzahl von Spenden wäre die Hamburger Konferenz, die Herausgabe von Dokumentationen, etc. nicht möglich gewesen. Gerade für Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche sind wir auf materielle Hilfe angewiesen.

Die Initiative bittet um Überweisung auf das Konto Nr. 14 9955 7700 der Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg - Ingrid kurz.

Der Fall Geffken

Im Februar dieses Jahres lehnte die Justizbehörde es ab, den Hamburger Jurastudenten Rolf Geffken zum Beamten auf Widerruf zu ernennen. Die "Bedenken" seitens der Behörde wurden vor allem dadurch verursacht, daß Geffken Mitglied des MSB Spartakus war und, neben anderen Arbeiten, im Verlag Marxistische Blätter ein Taschenbuch unter dem Titel "Klassenjustiz" veröffentlicht hatte.

Die Ablehnung wurde von Rolf Geffken nicht schweigend hingenommen oder mit einer Verwaltungsklage beantwortet, sondern er begann politisch zu kämpfen: Durch Flugblätter und Leserzuschriften, durch Protestveranstaltungen und zahlreiche Resolutionen, durch Solidaritätsadressen, Presseerklärungen und zahlreiche Resolutionen, durch Solidaritätsadressen, Presseerklärungen und Unterschriftensammlungen wurde eine breite Solidaritätsbewegung in Gang gesetzt. Unterstützung kam von politischen Studenten- und Jugendverbänden, Arbeitervereinigungen und Juristenorganisationen. Selbst in der bürgerlichen Pres-



se fand der Fall eine gewisse Resonanz, zumal der Senat den "faux-pas" begangen hatte, parallel zur Abweisung Geffkens den "Neonazi" Rieger als Beamten auf Widerruf einzustellen.

Dem immer stärker werdenden Druck einer immer breiter werdenden Öffentlichkeit mußte der Senat schließlich beugen: Auf dem Hamburger SPD-Landesparteitag wurde vom Justizsenator die Entscheidung bekanntgeben, Geffken als Beamten auf Widerruf einzustellen, Rieger jedoch aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Am 1. März erhielt Rolf Geffken dann seine Ernennungsurkunde und wurde als Beamter auf Widerruf vereidigt.

Zweideutig

Die "Spitzengremien" der SPD - Vorstand, Parteirat und Kontrollkommission - tagten am 23. 6. 73 in Westberlin. Thema u. a.: Berufsverbote. Ein Antrag an Schleswig-Holstein, der die Umsetzung des Parteitagbeschlusses auch mit der Konsequenz einer einseitigen Kündigung des Erlasses durch die SPD-regierten Länder forderte, wurde mit über 100 gegen 12 Stimmen niedergestimmt. SPD-Vize Kühn zum Ministerpräsidentenerlaß: "Ein bißchen zweideutig formuliert."

Im Oktober wollen die SPD-Bundesgremien erneut über das zugegebenermaßen unbequeme Thema beraten.

Der Bundesausschuß der Jungsozialisten forderte auf seiner Sitzung am 16./17. 6. die volle Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses und die Realisierung des Parteitagbeschlusses. Für eine Mitarbeit in der Initiative "Weg mit den Berufsverböten" wurde gleichfalls votiert und der stellvertretende Juso-Bundvorsitzende Gerd Börnsen für den Arbeitsausschuß der Initiative nominiert.

Keine Divergenz ?

"Das werde ich aber nicht tun" sprach Hamburgs Bürgermeister Peter Schulz (SPD), als er von der Hamburger "Bürgerinitiative Elke Leppin" auf die vom Hannoveraner Parteitag geforderte Überprüfung der bisherigen Berufsverbotsfälle angesprochen wurde und er sich mit der Forderung nach Rücknahme der Entlassung von Elke Leppin konfrontiert sah. Auf dieser öffentlichen Veranstaltung am 28. 5. 73 gab Schulz auch noch seine Einschätzung des viel diskutierten Parteitagsbeschlusses zum Besten: "Es gibt keine Divergenz zwischen dem Inhalt der Grundsatzentscheidung des (Hamburger) Senats und dem Parteitagsbeschluß !"

So lassen wir uns nicht abspesen !